

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 373/08 vom 13. November 2008

Susanne Herold zu TOP 21 und 23: Die Stärke unserer Bildungslandschaft liegt in der Vielfalt

Es gilt das gesprochene Wort.
Sperrfrist Redebeginn

Viel wurde über den Bildungsgipfel der Kanzlerin diskutiert und geschrieben. Viele hatten die höchsten Erwartungen geweckt, zum Teil aber auch nur, um dann umso medienwirksamer enttäuscht zu sein. Selbstverständlich wurden hier nicht Milliarden an Euros mit dem Füllhorn verteilt. Wer das erwartet hat, ist naiv.

Bundeskanzlerin Merkel hat das Thema „Bildung“ zur Chefsache gemacht. Und dieser Gipfel hat dazu geführt, dass das Thema „Bildung“ in ganz Deutschland diskutiert wird. Und das ist gut so, denn der Stellenwert dieses Themas kann gar nicht hoch genug eingestuft werden.

Wie dringend die Auseinandersetzung mit dem Thema Bildung in Deutschland ist, macht ein zurzeit in den Bestseller-Listen stehendes Buch mit dem Titel „Generation Doof“ nur zu deutlich. „Wie doof sind wir eigentlich“, lautet die Fragestellung zweier junger Journalisten, die sich sehr selbstkritisch mit dem Bildungsniveau ihrer Generation auseinandersetzen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass ihre Generation vor allem damit beschäftigt sei, ihre mangelnde Bildung zu überspielen – sprich ihr Halbwissen zu verbergen.

Und wenn es junge Menschen gibt, die den Bundestag für einen Feiertag halten, dann wird nur allzu deutlich, dass es von elementarer Bedeutung ist, dass wir uns mit der Wertigkeit von Bildung in unserer Gesellschaft auseinander setzen.

Insofern würde ich es befürworten, wenn es weitere bundesweite Bildungsgipfel gäbe, die sich dann vor allem inhaltlich, vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Informationsgesellschaft, mit dem Thema Bildung befassen.

Bildung ist ein Wert an sich und es muss uns allen ein Anliegen sein, den hohen Wert eines gebildeten Menschen wieder mehr ins Bewusstsein junger Menschen zu bringen.

Wenn Jugendliche lediglich aus dem Antrieb heraus lernen, um später viel Geld zu verdienen, dann stimmt da was nicht. Im Vordergrund ihrer Lernbemühungen müsste doch vielmehr ihre Bildung und das Ziel eines „gebildeten Menschen“ gesehen werden.

Auch die Bildungsgerechtigkeit gehört zu den Hauptthemen einer nachhaltigen und erfolgreichen Bildungspolitik. Wir müssen in unserem Land und deutschlandweit die Koppelung von Herkunft und Zukunftschancen weiter abschwächen.

Wer Gerechtigkeit erreichen will, braucht Bildung früher, braucht Bildung mit besserer Qualität, braucht mehr Durchlässigkeit und braucht ein Bildungssystem, in dem, egal welche Schule ein Kind besucht, klar sein muss:

Die Entscheidung für eine bestimmte Schulart ist nicht die endgültige Entscheidung für einen bestimmten Schulabschluss.

Auf jeden Abschluss muss die Möglichkeit zum Anschluss folgen.

Um zu einer stimmigeren Bildungsbiografie zu kommen, ist ein höheres Maß an Durchlässigkeit und mehr Akzeptanz von beruflicher und allgemeiner Bildung in unserem Land notwendig.

Mit unserem neuen Schulgesetz, mit unseren neuen Schularten von Regional- und Gemeinschaftsschule und den regionalen Bildungszentren sind wir auf einem guten Weg, dieses Ziel zu erreichen. Die Stärke unserer Bildungslandschaft liegt ja gerade in seiner Vielfalt

Der Bildungsgipfel darf allerdings nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass Bildung in erster Linie Landessache ist und kreative Lösungen vor Ort gefunden werden müssen.

So ist in Schleswig-Holstein im Bereich der Bildung einiges geschehen, aber wir müssen auch weiterhin die Ärmel hochkrempeln und weiterarbeiten, damit Bildung nicht nur in unseren Köpfen bleibt, sondern auch zu positiven

Veränderungen für unsere Schülerinnen, Schüler, Studierenden und Lehrenden führt.

In den vergangenen Jahren sind die Angebote der frühkindlichen Bildung beträchtlich ausgebaut worden. Dieser Bereich wurde ja bereits heute Morgen hinreichend diskutiert. Unsere Schüler beginnen bereits in der Grundschule mit dem Englischunterricht, Vergleichsarbeiten, zentrale Abschlüsse sind eingeführt, immer mehr Kinder besuchen das Gymnasium. Wir haben die Schulzeit verkürzt und die gymnasiale Oberstufe reformiert.

Verringert werden muss die Gruppe derer, die ohne Schulabschluss bzw. ohne Ausbildungsabschluss bleiben. Auch hier gilt:

frühere Prävention statt Reparatur. Für die Ausbildung – übrigens auch für das Studium – heißt das, dass wir neben Maßnahmen, die auf dem Weg sind, eine bessere Beratung junger Leute brauchen. Es ist erwiesen, dass ein Teil der Abbrecherquote sowohl im Bereich der beruflichen Bildung als auch im Bereich der akademischen Studiengänge darauf zurückzuführen ist, dass zu viele ohne Beratung das falsche Studium bzw. die falsche Ausbildung aufgenommen haben.

Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90 /die Grünen,
„Dem Bildungsgipfel müssen Taten folgen“ – so die Überschrift ihres Antrages.

Das klingt in meinen Ohren so, als sei in den vergangenen Jahren nichts geschehen.

Sie irren!

Vor Ort wird bereits viel erreicht, dass habe ich gerade kurz skizziert. Wir sind in Schleswig-Holstein auf einem guten Weg. Dass dieses Thema bundespolitisch aufgewertet wurde, stört mich keinesfalls. Ganz im Gegenteil, ich begrüße diesen mutigen Schritt der Kanzlerin ausdrücklich.

Zum Bildungsgipfel der Kanzlerin gehört das klare Signal, dass die Schnittstellen und damit verbundene Schwächen nicht nur erkannt sind, sondern auch alle Akteure im Bildungssystem eine klare Perspektive und eine klare Vorstellung davon haben, wie wir in den nächsten Jahren zu mehr Qualität im Bildungssystem kommen, wie wir zu mehr Prävention kommen und wie wir Sorge dafür tragen können, dass kein Jugendlicher verloren geht, und jeder zu einer Qualifikation kommt, die kulturelle Teilhabe, Selbstständigkeit und individuelle Lebenschancen ermöglicht.

Zu den Konzepten und Ideen, die entwickelt werden, gehört aber auch die Bildungsfinanzierung. Wir haben im Land – und da möchte ich die Bildungsministerin und den Ministerpräsidenten ausdrücklich loben – mit dem „Zukunftspakt Bildung“, Gelder für mehr Lehrerinnen und Lehrer, für den Schulbau und die Schülerbeförderung in die Hand genommen. Hier wird in die Zukunft investiert.

Auch der Bund hat auf ein mehr an Unterstützung für eine erfolgreiche Bildungsarbeit zugesichert. Neben der Fortschreibung des Hochschulpaktes, sollen ebenfalls vermehrt Mittel für Lehrstellenprogramme und das Nachholen von Schulabschlüssen fließen. Die nehmen wir natürlich gerne an. Was wir jedoch für zur Verbesserung unserer Bildungspolitik bräuchten wäre ein umfassendes Konzept zur Bildungsfinanzierung. Stipendiensysteme und Studienkredite seien hier nur als Schlagwörter genannt.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

Für die CDU beantrage ich die Ablehnung des Antrages des Bündnis90/die Grünen und die Annahme des Antrages der FDP.